Streik gegen Nazimörder

Belegschaft eines Düsseldorfer Großbetriebes antwortet auf Ermordung eines Arbeiters

Düsseldorf, 14. Juli (Eig. Drahtbericht)

Im Düsseldorfer Stadtteil Oberkassel wurde der kommunistische Arbeiter Gonnen von einer SA-Bande niedergeschossen. Sofort nach Bekanntwerden des Arbeitermordes beschloß die Belegschaft des Großbetriebes Defries in den Proteststreik zu treten, bis die SA-Banden aus dem Betrieb entfernt sind.

Dieser Beschluß wird restlos durchgeführt. In einer Versammlung der streikenden Arbeiter wurde einstimmig beschlossen, nicht eher wieder den Betrieb zu betreten, bis die SA-Mörder restlos entfernt sind.

Viehische Mordtaten Berliner Nazis

14 Arbeiter von Hitlerbanditen niedergeschossen Eine Frau viehisch mißhandelt

Berlin, 15. Juli (Eig. Drahtber.)

Bei dem systematischen Mordüberfall der SA auf eine Gruppe heimkehrender Demonstranten in Berlin-Siemensstadt am 13. Juli, wurden insgesamt 19 antifaschistische Arbeiter niedergestreckt. Zwei Genossen, Ferdinand Grothe und Georg Brechlin, sind an ihren schweren Verwundungen gestorben. Mehrere andere Arbeiter ringen im Krankenhaus mit dem Tode.

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag haben die SA-Banden auch in Oberschöneweide bei Berlin 4 Arbeiter niedergestreckt.

Die blutigen Terrorakte der SA-Banditen wurden gestern fortgesetzt. In Berlin-Schöneberg überfielen mehrere Nazis einen Reichsbannerarbeiter. **Der Arbeiter wurde durch einen tiefen Lungenschuß lebensgefährlich verletzt.**

In Berlin-Reinickendorf verteilte gestern abend eine Genossin Flugblätter. Im Hause Schillerring 38 trat plötzlich der SA-Führer Schuhr aus seiner Wohnung und fiel mit einer Reitpeitsche über die Genossin her. Nach unmenschlichen Mißhandlungen schoß er sie dann nieder.

Die „Rote Fahne" fordert die Arbeiter auf, Proteststreiks gegen die Naziterrorakte zu beschließen und am Tage der Beerdigung der Opfer sich in Massen an den Trauerkundgebungen zu beteiligen. Eine gestern abend stattgefundene Versammlung der Spandauer Betriebe erhob flammenden Protest gegen die Arbeitermorde der SA-Banditen und beschloß, heute früh Belegschaftsversammlungen einzuberufen und die Arbeiter zu einem einstündigen politischen Proteststreik aufzufordern unter der Losung:

„Heraus mit allen faschistischen Mordbanditen aus den Betrieben!"

Auch die anwesenden SPD- und Gewerkschaftsmitglieder sprachen sich für diesen Streik aus.

Offene Mordhetze!

In Chemnitz sprach der preußische Nazialdgeordnete Killens in einer Wahlversammlung. Seine Rede war eine einzige blutrünstige Mordhetze. Nach dem Bericht des faschistischen „Chemnitzer Tageblattes" erklärte er:

„Der Tag ist nicht mehr fern, da der Parlamentarismus wie ein Kartenhaus zusammenbricht, der Tag, an dem Hitler die Macht in die Hand nimmt und damit der Tag, an dem in Deutschland der kommunistische Spuk vorüber ist. Wird dann noch ein Nationalsozialist erschossen,

dann folgt ihm durch Standrecht der kommunistische Führer der Stadt

als der geistige Urheber der Mordhetze. Mit anderen Mitteln wird man niemals mit Notmord fertig werden, auf diesem Weg aber wird man in zwei Tagen mit ihm fertig sein."

Mit solchen unverhüllten Morddrohungen, die man jetzt schon täglich in der Nazipresse lesen kann, mit der unverhohlenen Drohung, kommunistische Funktionäre zu meucheln, leiten dicke Verbrecher des Hakenkreuzes die bestialischen Ueberfälle ein. Aber sie werden sich täuschen, wenn sie der Meinung sind, mit diesen Mordtaten den Widerstandswillen der Arbeiterklasse zu brechen.

Nazimörder bewaffnen sich

Die faschistische Nazipresse bereitet mit dreisten Lügenmeldungen die offizielle Bewaffnung der SA-Banditen vor. In großer Aufmachung brachte sie auf der ersten Seite eine Totenliste über 3 Jahre, in der sie auch eine ganze Reihe durch Unfälle und Naziehrne ums Leben gekommene Leute aufführten. Eingeleitet wird diese Totenliste mit einer erneuten frechen Fälschung, die nach außenhin den Naubanditen die Rückversicherung für ihre Mordtaten geben soll. Nach dem angeblichen Befehl der Zentralleitung eines sagenhaften „Roten-Trotz-Bundes", sollen „Abwehrmänner" von Fünfergruppen bewaffnet werden.

Warum dieser faustdicke Schwindel in der Nazipresse veröffentlicht wird, ist sofort klar, wenn man den nachfolgenden Befehl des stellvertretenden Osaf der Nordmark beachtet, in dem es heißt:

„Gruppe Nordmark. J. Nr. 133/V. 605.

Die täglichen Mordtaten an SA- und SS-Kameraden lassen darauf schließen, daß sowjetrussische Provokateure in Deutschland sind, um die Massen aufzuhetzen. In nächster Zeit wird der Führer mit der Aufhebung des Verbots des Waffentragens diesen Mordbanditen antworten. Im Bereich der Gruppe Nord habe ich nichts dagegen einzuwenden, wenn die Untyführer von jetzt ab nicht mehr die SA-Leute untersuchen, sondern im Gegenteil, aber nicht persönlich (am besten ist es durch Mittelsmänner) der SAM zu verstehen geben, daß sie mit gleichen Waffen sich wehren, womit sie angegriffen werden.

Osaf-Stellvertreter Nordmark: gez. Schöne, Oberführer."

Auch hier müssen geheimnisvolle Russen zur Begründung für die Bewaffnung herhalten, während in Wirklichkeit nur die nackte Tatsache Wahrheit ist, daß die Nazis jetzt zu noch blutigerem Terror gegen die Arbeiterschaft Befehl erhalten, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Eine ganz offene Propagierung der Bewaffnung wird also von den Nazis durchgeführt. Die Arbeiterschaft muß zu kühnster Abwehr der Morderbanden Hitlers bereitstehen!

Kriegspakt gegen die Sowjetunion

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Dem französisch-englischen Kriegspakt gegen die Sowjetunion ist auch Mussolini beigetreten. Auch die deutsche Regierung wird noch eine diesbezügliche Einladung, dem Kriegspakt beizutreten, erhalten.

Näheres über diesen Kriegspakt ist in unserem außenpolitischen Teil zu lesen.

Justiz verbietet Entlarvung der Hitlerpartei

Das Amtsgericht Altona hat auf Antrag der Gauführung der NSDAP eine einstweilige Verfügung erlassen, die ein krasses Dokument über die Rolle der Justiz bei der Faschisierung Deutschlands und Wegbereitung für Hitler darstellt. Durch die Verfügung wird bei Androhung von Geld- und Haftstrafen der Presse verboten, zu schreiben,

daß Hitler das Kabinett von Papen billigt,

daß die NSDAP für die Einführung der Salzsteuer und der Umsatzsteuer verantwortlich ist, und

daß die NSDAP die Kürzung der Renten und der Erwerbslosenunterstützung sowie eine weitere Belastung der Erwerbstätigen bewilligt habe.

Kampfgelöbnis am Grabe des Toten

Beerdigung des ermordeten Genossen Thoß, Plauen, im Zeichen der Antifaschistischen Aktion. Proteststreiks gegen Nazimord

Plauen, 14. Juli 1932

Gestern wurde unter ungeheurer Beteiligung der Plauener Arbeiterschaft der von faschistischen Strolchen heimtückisch ermordete Klassengenosse Willy Thoß zu Grabe getragen. Schon kurz nach 12 Uhr mittags stand ganz Plauen unter dem Eindruck des gewaltigen Aufmarsches. In allen Stadtteilen stellten die Arbeiter mit schwarzumflorten roten Fahnen, um nach dem Albertplatz zu marschieren. Kurz nach 13 Uhr rückten die Betriebsarbeiter verschiedener Betriebe an, die in den Proteststreik getreten waren, um dem Genossen Thoß das letzte Geleit zu geben.

Unübersehbare Menschenmassen sammelten sich am Albertplatz. Die anliegenden Straßen waren schwarz von Menschen. Um 14 Uhr marschierten 4000 Arbeiter durch die Stadt nach dem Hauptfriedhof. Reichsbanner- und Schutzbundarbeiter in Uniform marschierten neben dem Kampfbund- und Wehrkameradschaftsführer, sozialdemokratische und SAP-Arbeiter neben dem kommunistischen Genossen, SAJ-Mitglieder neben dem Kommunistischen Jugendverband. Diese Kundgebung zeigte klar und deutlich den Willen der ehrlichen Arbeiter zur roten Einheitsfront, den Willen zum geschlossenen Kampf in der Antifaschistischen Aktion.

Dichte Mauern von Arbeitern bildeten bis zu dem vor der Stadt liegenden Friedhof Spalier, um sich der Demonstration anzuschließen. Ueber 10 000 marschierten in den Friedhof ein. Von der Leichenhalle aus wurde der Genosse Thoß von uniformierten Wehrkameraden nach dem Grabe getragen und unter gesenkten roten Fahnen und den Klängen des Kampfliedes „Bruder, zur Sonne", beigesetzt.

Das Reichsbanner schließt aus!

In Mittweida fand eine Sitzung des Reichsbanners statt, in welcher ein gewisser Dr. F. Leipzig, über „Arbeitsdienstpflicht" referierte. Er führte u. a. aus, daß im Leipziger Bezirk

ein freiwilliges Arbeitsdienstlager des Reichsbanners

errichtet werden soll. Als in der Diskussion der technische Leiter des Reichsbanners von Dreiwerden-Schönborn zu dieser „Arbeitsdienstpflicht" Stellung nahm und den Redner ersuchte, diese Arbeitsdienstpflicht marxistisch zu begründen, bekam er die Antwort,

daß Marxismus vor dem Kriege in der Arbeiterschaft diskutiert worden wäre, daß man aber heute mit neuen Methoden Politik machen müsse.

Von dem Tragen der drei Pfeile als Abzeichen stehe ja auch nichts im Marxismus. Zur Einheitsfront erklärte er, daß

alle Reichsbannerkameraden, die über die Einheitsfront

Oberschieber Lahusen unter dem Schutz der Nazis

Der Nazianwalt und Reichstagsabgeordnete der NSDAP. Frank II, bestätigt jetzt, daß er die Verteidigung des berüchtigten Oberschiebers Lahusen übernommen hat. Die werktätigen Nazianhänger werden also in Kürze das erhebende Schauspiel erleben, daß ein Vertreter der Nazipartei, die angeblich gegen Korruption und Schiebertum kämpft, einen Obergauner vor Gericht verteidigt.

Kommunistischer Wahlerfolg in Mecklenburg

Am 10. Juli fanden in Schwaan (Mecklenburg) Stadtverordnetenwahlen statt, die folgende Ergebnisse brachten.

Bei einer Wahlbeteiligung von nur 60 Prozent erhielt die KPD 250 Stimmen und 2 Sitze (bisher 1). Bei den Landtagswahlen am 6. Juni 1932 wurden für die KPD 245 Stimmen abgegeben, d. h. die KPD hat am Sonntag trotz der schwächeren Wahlbeteiligung 5 Stimmen mehr erhalten als vor einem Monat. Seit der letzten Stadtverordnetenwahl im November 1931 gewann die KPD 23 Stimmen. Um so mehr fällt demgegenüber der starke Rückgang an Stimmen für die Sozialdemokratie und die Nationalsozialisten ins Gewicht.

Zum fünften Jahrestag des Wiener Aufstandes

Heute jährt sich zum fünften Male der Tag, an dem die Wiener Arbeiter sich im Kampfe gegen Faschismus, Polizei- und faschistische Klassenjustiz erhoben und der Wiener Justizpalast in Flammen aufging. Ein Urteil des Schattendorfer Schwurgerichts, in dem Heimwehrbanditen, die Arbeiter gemordet hatten, freigesprochen wurden, löste die Erhebung des Wiener Proletariats aus.

Im dritten Jahr der Weltwirtschaftskrise und im Zeichen des gesteigerten Terrors der SA-Banden in Deutschland hat der historische Gedenktag des Proletariats besondere politische Bedeutung.

Denn täglich fallen Arbeiter der faschistischen Mordhetze zum Opfer, täglich werden antifaschistische Kämpfer eingekerkert, täglich werden faschistische Mörder begünstigt. Die Empörung der Arbeiter über die faschisierte Klassenjustiz ist nicht geringer, als die der Wiener Arbeiter im Jahre 1927.

90 Arbeiter fielen vor fünf Jahren den Ordnungstruppen des sozialdemokratischen Bürgermeisters Seitz zum Opfer, viele Hunderte wurden verwundet. Die Arbeiterklasse ehrt die Toten nicht nur durch Worte, sondern durch Taten, indem sie die antifaschistische Einheitsfront erweitert, den Kampf gegen die Klassenjustiz verstärkt und das Band der Solidarität mit den Opfern des Terrors und der Klassenjustiz noch enger schließt.

Stärkt die Rote Hilfe und tretet ein in ihre Reihen! Unterstützt am 15. und 16. Juli die Werbe- und Sammeltage der Roten Hilfe! Stellt euch in diesen Tagen in den Dienst des Solidaritätswerkes für die proletarischen politischen Gefangenen und die Opfer des Terrors. Das ist die beste Ehrung der Wiener Arbeiter, die im Kampfe gegen Reaktion, Faschismus und Klassenjustiz ihr Leben für die gesamte Arbeiterklasse geopfert haben.

Antifaschisten, hinaus aufs Land!

Macht die Landarbeiter und Bauern mobil. Entfaltet im Rahmen der Antifaschistischen Kampfwoche, stärkste Landagitation. Mobilisiert das Land für Liste 3!

Im Rahmen der Antifaschistischen Kampfwoche wird am kommenden Sonntag die Landbevölkerung aufgesucht, um auch sie für die Antifaschistische Aktion mobil zu machen.

Not und Elend sind in den Landgebieten noch stärker ausgeprägt als sonstwo. Dazu kommt, daß die Landbevölkerung schlimmstem Naziterror ausgesetzt ist, der schon von den Junkern ausgeht.

Trotz alledem erwehren sich die Landarbeiter der Ausbeutung und der Unterdrückung. So stehen in Mitteldeutschland Landarbeiter des Gutes Lodnitz, denen man 14 Tage den Lohn zurückgehalten hat, im Streik. In Seßlauken in Ostpreußen haben die Landarbeiterinnen vollen Tariflohn durch einmütigen Streik erzwungen. Bei der Führung solcher Kämpfe geht selbst den von den Nazis irregeleiteten Landarbeitern ein Licht auf, und sie erkennen immer deutlicher, daß sie in der falschen Front stehen. So traten in Ostpreußen in dem Gutsort Warningken 22 Landarbeiter — von denen ein großer Teil zur NSDAP gehörte — in die Kommunistische Partei ein. Auch anderswo stoßen die Landarbeiter immer stärker zur Kommunistischen Partei und zur Antifaschistischen Aktion.

Auch unter den Bauern wächst die Rebellion gegen die immer unerträglicher werdenden Steuerlasten und in immer stärkerem Maße begeistern sie sich für das vom Führer des revolutionären Proletariats, dem Genossen Thälmann, im Auftrage der KPD schon 1931 verkündete Bauernhilfsprogramm, unter dessen Losungen auch der Bauer vom Pflug in der Antifaschistischen Aktion mitkämpfen muß.

Den roten Landsonntag heißt es zu einem Tag stärkster Mobilisation zu machen.

Mit Illustrierten Bauernzeitungen, Broschüren, die Landarbeiter- und Bauernfragen behandeln versehen, müssen alle Antifaschisten am Sonntag

aufs Land ausschwärmen!

Dort heißt es in Gutsversammlungen oder Stubenbesprechungen Aufklärung zu schaffen und Parteistützpunkte zu sichern.

So planmäßig vorbereitet, muß der rote Landsonntag zu einem erfolgreichen Vorstoß der Partei im Dorf gestaltet werden. Es versteht sich von selbst, daß in Verbindung mit dem roten Landsonntag auch stärkste

Mobilisation der Landbevölkerung für die Thälmannkundgebung am 19. Juli in Dresden

durchgeführt werden muß, zumal Genosse Thälmann auch auf dieser Kundgebung im Sinne des Bauernhilfsprogramms zur Frage der Bauernnot und des Landarbeiterelends und zur Frage des Bündnisses zwischen Stadt und Land Stellung nehmen wird.